Man wird also nicht fehlgehen, wenn man erklärt, daß sich die Schutzzollpolitik der englischen Kolonien genau so (zum Teil erst recht, vgl. Indien!) gegen das Mutterland wie gegen andere Länder richtet, wenn auch aus politischen und imperialistischen Gründen der Schutzzollcharakter gegen das Mutterland durch Vorzugszölle verschleiert wird, deren Zweck aber durchaus nicht darin liegt, die Eigenproduktion der Kolonien zugunsten Englands zu vermindern, sondern höchstens darin: die Einfuhrnotwendigkeiten zu Ungunsten nichtenglischer Gebiete zu verschieben.

Von den einzelnen Tarifen der englischen Dominions und Kolonien der Neuzeit hat wohl der wachsende Schutzzoll Indiens nach dem Kriege die größte Aufmerksamkeit erregt. Die schutzzöllnerische Bewegung steht in engstem Zusammenhang mit der stärkeren Verselbständigung Indiens während des Krieges, insbesondere seiner finanzpolitischen Verselbständigung, und der damit zusammenhängenden früher von uns erwähnten Schaffung besonderer amtlicher Organe zur Förderung der heimischen Industrie. Die eigentliche Bewegung begann im Jahre 1917, als der Zoll auf Baumwollwaren von $3^1/_2$ auf $7^1/_2$% des Wertes gesteigert wurde, während die heimische Abgabe auf $3^1/_2$% belassen wurde. Im Jahre 1921 wurde dann der Zoll weiter auf 11% erhöht. Es folgten dann im Jahre 1924 Zollerhöhungen auf anderen Gebieten, besonders ging man daran die Eisenindustrie zu schützen, deren größtes Werk, die Tata Eisen- und Stahlwerke, mit besonderem Stolze betrachtet werden. Man verspricht sich von der Gewährung dieser Zölle an die Eisenindustrie eine Steigerung der Erzeugung auf zirka 260 000 Tonnen bis 1926/27, was eine fast völlige Ersetzung der bisherigen Einfuhr bedeuten würde.

Für Australiens Hochschutzzollpolitik ist das Tarifgesetz von 1920 maßgebend gewesen, welches dazu bestimmt ist, während des Krieges entstandene Industrien zu schützen, neue Industrien zu fördern und bestehende Industrien in ihrer Weiterentwicklung zu begünstigen. Dazu kommt der Industries Preservation Act vom Jahre 1921, der mit der Begründung des Schutzes von unfairem Wettbewerb (Dumping) den Industrieschutz weiter verstärkt hat. Die Anwendung dieses Gesetzes unterliegt dem sogenannten Tariff Board, der seit 1921 besteht und dessen Eingriffsmöglichkeit und Eingriffs-